



Innen- und Rechtsausschuss
Die Vorsitzende

Kiel, 2. September 2021
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1143
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die 124. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses**

am Mittwoch, dem 1. September 2021, 14:00 Uhr
im Plenarsaal des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Besetzung der Stelle einer Präsidentin oder eines Präsidenten des Oberlandesgerichts bei dem Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht in Schleswig**

Schreiben des Justizministers vom 17. August 2021

[Umdruck 19/6144](#)

Der Ausschuss führte die Anhörung der Bewerberinnen und Bewerber durch.

2. **Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**

[Drucksache 19/2807](#)

Der Ausschuss beriet den Bericht gemeinsam mit der Landesbeauftragten für Datenschutz. Er empfahl dem Landtag einstimmig, den Bericht, [Drucksache 19/2807](#), zur Kenntnis zu nehmen.

3. **Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand des geplanten Bodenfonds**

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6163](#)

Die Innenministerin berichtete, eine Aussprache schloss sich an.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Durchführung von Abschnittskontrollen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2847](#)

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/6173](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5. a) **Lehren aus Pandemie und Flutkatastrophe ziehen - Den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein optimal aufstellen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3187](#)

b) **Bevölkerungsschutz im Katastrophenfall gewährleisten**

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/3219](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 15. September 2021).

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Erhöhung der parlamentarischen Transparenz**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3220](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 15. September 2021).

7. **Entwurf eines Gesetzes über die Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (Landesaufnahmegesetz - LAufnG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3141](#)

Der Ausschuss beschloss, die kommunalen Landesverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

8. **Entwurf eines Gesetzes des Landes Schleswig-Holstein zur Ausführung des Staatsvertrages zur Neuregulierung des Glücksspielwesens in Deutschland (GlüStV 2021 AG SH)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3175](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 15. September 2021).

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/3181](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung (Benennung bis 15. September 2021).

10. **Verfassungsschutzbericht 2020**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2937](#)

Der Ausschuss nahm in Aussicht, den Bericht gemeinsam mit Vertretern der Verfassungsschutzabteilung des Innenministeriums zu beraten.

11. Soziale Bodenpolitik für Schleswig-Holstein: Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes voranbringen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/3210](#) (neu)

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen zur Umsetzung zu berichten.

12. Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3062](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

13. Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3188](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

14. Verschiedenes

Abg. Rother erinnert an ausstehende schriftliche Stellungnahmen der Landesregierung zur Aufgabenzuweisung für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie zur Verordnung beziehungsweise zum Verordnungsentwurf zum Kostenerstattungsgesetz Fehmarnbeltquerung ([Drucksache 19/2935](#)).

Schluss: 16:30 Uhr

gez. Dr. Sebastian Galka